

Das Verrückte an der politischen Debatte vor der kommenden Bundestagswahl ist unter anderem, dass über zentrale Probleme nicht gesprochen wird. Das beste Beispiel dafür ist der Ausverkauf und die Plünderung deutscher Unternehmen. In der Schröder-Zeit ist unter der beschönigenden Überschrift „Auflösung der Deutschland AG“ der Verkauf deutscher Unternehmen an große angelsächsische und andere Finanzkonzerne mit Propaganda und Steuerbefreiung gefördert worden. 2006 waren schon 6000 Unternehmen, beispielsweise Hugo Boss und Märklin, verkauft und gefleddert. In Merkels Zeit ging das weiter und mit Laschet und dem Gehilfen der internationalen Finanzwirtschaft, Friedrich Merz, würde dieses Treiben forciert. Dass in den vielen Sendungen und Artikeln zur Bundestagswahl über dieses Thema nicht gesprochen wird, passt den dahintersteckenden großen Interessen.
Albrecht Müller.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

<https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/210917-Wer-Laschet-waehlt-waehlt-den-forcierten-Ausverkauf-deutscher-Unternehmen-NDS.mp3>

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Das Thema gehört genauso auf den Tisch wie die Beteiligung zum Beispiel des größten Finanzkonzerns BlackRock an jedem DAX-Unternehmen.

Das Thema ist nicht aus nationalistischen Gründen interessant. Hier geht es nicht um Deutsch oder Nicht-Deutsch. Es geht zum Beispiel darum, dass ein paar wenige internationale Finanzkonzerne die Unternehmenspolitik zahlreicher Unternehmen in Deutschland bestimmen können. Es geht zum Beispiel darum, dass der Eigentumswechsel häufig damit verbunden ist, dass die übernommenen Unternehmen zu Sonderdividenden und aktiver Verschuldung gezwungen und damit gefleddert werden. Es geht zum Beispiel darum, dass die neuen Eigentümer soziale Rechte und Leistungen für die dort Beschäftigten zusammenzustreichen versuchen.

Die internationalen Finanzkonzerne versuchen ihren Einfluss auf der Basis geringer Beteiligungen an deutschen Unternehmen übrigens auch dadurch zu verstärken, dass sie an für die Unternehmen strategischen Entscheidungen, die von Kommissionen vorbereitet werden, beteiligt werden wollen. Von einem solchen Fall haben die NachDenkSeiten vor längerem schon berichtet.

Um die Übernahme deutscher Unternehmen vorzubereiten und umzusetzen und um auf die Unternehmenspolitik hier tätiger Unternehmen Einfluss zu nehmen, haben Finanzkonzerne wie zum Beispiel BlackRock ihre Ableger hier bei uns installiert und mit einflussreichen Personen besetzt. In Wikipedia heißt es dazu über Friedrich Merz:

„Von 2016 bis 2020 war Merz [Aufsichtsratsvorsitzender](#) und [Lobbyist](#) für [BlackRock](#) in Deutschland (BlackRock ist der größte [Vermögensverwalter](#) der Welt).“

Diesen Posten, aber nicht die Einflussnahme, gab Merz mit der Kandidatur zum CDU-Vorsitz auf. Im Geiste dieses formal beendeten Jobs wird er aber mit großer Sicherheit seine Rolle als wirtschaftspolitischer und finanzpolitischer Teil einer potentiellen Regierung Laschet nutzen. Deshalb ist zu erwarten, dass der Ausverkauf deutscher Unternehmen mit einer Regierung Laschet noch forciert werden würde. Laschet selbst wird Friedrich Merz an diesem attraktiven Geschäft nicht hindern wollen und hindern können. Es gibt auch keinen Anhaltspunkt dafür, dass ihm das Problem bekannt ist und am Herzen liegt. Deshalb müssen wir erwarten, dass neben dem Einfluss der USA, der NATO und der Angelsachsen auf unsere Außen- und Sicherheitspolitik mit Laschet an der Spitze auch noch der Einfluss auf die deutsche Wirtschaft forciert wird. Das sind keine guten Aussichten. Deshalb informieren wir darüber und deshalb bitten wir um Beachtung dieser wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Probleme bei Ihrer Wahlentscheidung.

Die NachDenkSeiten und ihre Autoren machen nicht erst jetzt auf diese wirtschaftspolitisch entscheidende Problematik aufmerksam. Wir haben schon früh und immer wieder gewarnt. Zum Beispiel:

- Werner Rügemer hat als Autor der NachDenkSeiten schon des Öfteren auf die Rolle der internationalen Finanzkonzerne hingewiesen. Hier sein neuester Beitrag von vor 2 Tagen: 14. September 2021 um 11:58 [Wenn Friedrich Merz mal dran wäre: Klartext aus früheren Jahren](#)
- Jens Berger hat ein Buch zum Thema veröffentlicht. Ich habe dies Anfang des Jahres besprochen. Siehe hier am 14. Januar 2020 [Frühstück mit BlackRock und Co.](#) Im Anhang B finden Sie einen Erläuterungstext zum Buch.

- Ich selbst habe mich ausführlich und kritisch mit dem Thema schon in meinem 2009 erschienenen Buch „Meinungsmache“ beschäftigt. Das einschlägige Kapitel aus diesem Buch ist diesem Text als Anhang A angefügt. Ich empfehle die Lektüre, weil Sie damit schnell erfassen können, in wie vielfältiger Weise wir alle vom Ausverkauf betroffen sind: als Lohnabhängige, die in solchen Unternehmen arbeiten, als Fiskus und Steuerzahler, die im Falle der Übernahme eines Unternehmens durch einen internationalen Finanzkonzern auf die übliche Besteuerung der realisierten Gewinne verzichten.

Die deutschen Medien und die politisch Verantwortlichen, auch die jetzt um die Kanzlerschaft konkurrierenden Personen, nehmen die mit dem Ausverkauf verbundenen Probleme nicht wahr. Im Gegenteil. Sie beschwören und überhöhen die transatlantische Gemeinschaft und die Freundschaft mit den USA und übersehen beflissen, dass sich superreiche Personen und Gruppen in den USA freimütig an der Substanz deutscher Unternehmen bereichern. Sie, die vermittelnden Personen in der deutschen Finanzwelt und Politik, übersehen die Probleme auch deshalb gerne, weil sie an diesen Transaktionen unvorstellbar gut verdienen.

Anhang A:

Kapitel 18: Kapitalmarkt als Casinobetrieb und die Plünderung deutscher Unternehmen,



Auszug aus dem 2009 erschienenen Buch:

Konversion betrifft auch die Bankangestellten und Arbeiter, die in diesen Betrieben arbeiten. Sie sind Teil der Spekulationsmaschine, ohne dafür verantwortlich zu sein. Deshalb müssen sich verantwortliche Politiker bei einer Neuordnung des Kapitalmarktes auch Gedanken darüber machen, wie diese Menschen künftig beschäftigt werden könnten. In den Überlegungen und Entscheidungen der Bundesregierung findet sich keine Spur dafür.

Die Bundesregierung hat ihre problematische und teure Linie mit einer fast schon bewundernswerten Professionalität und Treffsicherheit verfolgt. Dabei kamen ihr die unkritische Haltung der Mehrheit der Medien und ihr Geschick, die Meinungsmacher professionell einzusetzen, zugute. Angela Merkel und ihre Regierungsmitglieder haben die Verantwortung für den Ausbruch der Finanzkrise geschickt auf die USA abgeschoben, sie vermittelten erfolgreich den Eindruck, als seien sie von den Gefahren an den Finanzmärkten überrascht worden (obwohl die Bundesregierung schon seit langem davon weiß und mittendrin steckt, und sie haben vor allem einen alle Zweifel niedermachenden Begriff erfunden: Sie sprechen von »systemischen« oder »systemrelevanten« Banken. Das hat vielen Kritikern das Maul gestopft. Wer will schon das System der sozialen Marktwirtschaft in Frage stellen. So sind wir in Deutschland nun in der Lage, dass die Brandstifter Feuerwehr spielen.

Die Politik hat die spekulative Finanzwirtschaft auf vielfältige Weise gefördert

In der öffentlichen Debatte dieser Vorgänge wird oft so getan, als folgte die kritisch zu betrachtende Entwicklung zuerst aus moralischem Verfall. Da wird fortwährend die »Gier« der handelnden Personen angeprangert. Das Problem so auf die Ebene der Moral zu schieben hat aber zur Folge, die Politik aus der Verantwortung zu entlassen, in der sie steckt: Sie hat Regeln abgebaut, statt notwendige neue Regeln einzuführen. Sie hat zum Beispiel 2004 Hedgefonds in Deutschland zugelassen. Sie hat nichts unternom-

288

men, um den Sumpf der Steueroasen trockenenzulegen. Sogenannte Wagniskapitalbeteiligungen und ihr Management sind steuerlich begünstigt. Die Bundesregierung hat im Frühsommer 2003 die Boston Consulting Group beauftragt, ein Gutachten über die »optimalen staatlichen Rahmenbedingungen für einen Kreditrisikomarkt/Verbriefungsmarkt für Kreditforderungen und -risiken in Deutschland« zu erstellen. Die direkt Interessierten werden zu Gutachtern bestellt. Eine der Empfehlungen zielte darauf ab, die Investitionen in Asset Backed Securities (ABS) durch Versicherungen und Sozialversicherungsträger zu erleichtern.¹²² ABS gehören zu den riskanten Innovationen auf dem Kapitalmarkt. Noch im Juni 2007 hat der Bundesfinanzminister den Versicherungsunternehmen erlaubt, »die Quote ihrer Investments in Hedgefonds zu erhöhen.«¹²³ Die Bundesregierung hat die Vertreter üppiger, unrealistischer Renditevorstellungen besonders herzlich eingeladen. »Deutschland braucht mehr Private-Equity Investitionen, nicht weniger«, verkündete der Vertreter des Bundesfinanzministeriums.¹²⁴

Die seltsam verquere Sicht von der überragenden Bedeutung des Finanzmarktgeschehens hatte eine weitere politische Konsequenz: Zum 1. Januar 2002 wurden die Veräußerungsgewinne, die beim Verkauf von Unternehmen und Unternehmensteilen von Kapitalgesellschaften realisiert werden, steuerfrei gestellt. Kanzler Schröder hat das damals damit begründet, es sei vorteilhaft, die sogenannte Deutschland AG aufzulösen. Damit konnte – wie »Capital« am 17. November 2006 berichtete – zum Beispiel die Allianz AG im Jahr 2003 ihren 40-prozentigen Beiersdorf¹²⁵-Anteil für 4,4 Milliarden Euro an Tchibo und die Stadt Hamburg verkaufen, ohne Steuern auf den realisierten Gewinn zahlen zu müssen. Vermutlich ein Steuergeschenk in Milliardenhöhe.

Was an der Auflösung der Deutschland AG förderungswürdig sein soll, ist schwer zu begreifen. Was soll unsere Volkswirtschaft gewinnen, wenn ein Investor ein Unternehmen an einen anderen Investor verkauft? Sind die Anteile an Beiersdorf oder an Hugo Boss oder an Märklin in den neuen Händen besser aufgehoben,

289

sind sie volkswirtschaftlich produktiver? Das kann so sein. Es kann aber auch das Gegenteil eintreten.

Die frühere rot-grüne Bundesregierung hat mit Unterstützung der damaligen Opposition diesen Ausverkauf politisch gefördert und steuerlich begünstigt, weil sie und die Union in ihrer Meinungsbildung beeinflusst sind von jenem Teil der Finanzwirtschaft, die an diesen Geschäften verdient. Am Ausverkauf verdienen Einzelne, und es werden zugleich Strukturen unserer Wirtschaft zerstört, ohne überhaupt nur angedacht zu haben, ob die neuen Strukturen besser sind.

Die Parole »Auflösung der Deutschland AG« ist clever gewählt. Das verspricht auf undefinierte Weise Heilung. Das klingt ganz gut, weil so Seilschaften von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern gekappt werden könnten, die sich bisher gegenseitig und damit oft nicht richtig kontrolliert haben. Aber die Korrektur dieses Missstandes und eine Neuregelung musste nicht da enden, wo wir inzwischen angekommen sind beziehungsweise drohen hinzukommen: zu einem Ausverkauf vieler Unternehmen und neuen Verflechtungen. Die Auflösung bisher fester Strukturen führt nicht zwangsläufig zu freieren Strukturen und mehr Wettbewerb. Das durchaus kritikwürdige Geflecht von Vorständen und Aufsichtsräten der früheren Deutschland AG ist inzwischen abgelöst durch eine neue, nicht mehr kontrollierbare Seilschaft – übrigens bestehend teilweise aus den gleichen Personen. Die Seilschaften sind neu sortiert und neue Verknüpfungen eingegangen.

Die Steuerbefreiung hat zusammen mit der Zulassung der Hedgefonds und einer Reihe anderer Maßnahmen zur Förderung des Finanzplatzes Deutschland dazu geführt, dass bei uns viele Unternehmen den Eigentümer gewechselt haben und wechseln. Große Konzerne – wie die Allianz, die Deutsche Bank oder Bayer – konnten Anteile an anderen Kapitalgesellschaften verkaufen, ohne für den Gewinn die zuvor vorgesehenen Steuern zu bezahlen. Auch Familiengesellschaften wechselten komplett oder in Teilen den Eigentümer.

Das Thema ist wichtig, weil sich hier neben dem Ausverkauf eines beachtlichen und wachsenden Teils der deutschen Wirtschaft

auch eine Veränderung der inneren Struktur von Unternehmen abzeichnet, die oft nicht im Interesse der langfristigen Entwicklung unserer Wirtschaft und Volkswirtschaft liegt und häufig auch zum wirtschaftlichen Tod bisher guter Unternehmen führt.

Käufer der Unternehmen und Unternehmensteile sind meist Beteiligungsgesellschaften, sogenannte Private-Equity-Gesellschaften (PE), und inzwischen auch Hedgefonds. Beteiligungsgesellschaften sind Gruppen, die das Kapital von Pensionsfonds, Stiftungen und vermögenden Personen sammeln und in Unternehmen anlegen. Die in Deutschland agierenden Private-Equity-Gesellschaften sind in einem Verband organisiert, im Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK). Sie rühmen sich dessen, in Deutschland bis zum Jahr 2006 schon in 6000 Unternehmen investiert zu haben und ca. 1,1 Million Menschen zu beschäftigen. Wie sie ihre Arbeit beschreiben, ist im Folgenden zur Demonstration der Meinungsmache in diesem Bereich im Original wiedergegeben.

Private Equity – Wir investieren in Deutschland²⁵

Situation im Jahr 2007

Private Equity ist der englische Begriff für das Beteiligungskapital überwiegend institutioneller Anleger, das in nicht-börslich gehandelte Unternehmen investiert wird. Private-Equity-Fonds kaufen Anteile von Unternehmen, von denen sie glauben, dass diese in Zukunft an Wert gewinnen. Das können Familienunternehmen, Konzernöchter, kleine Start-ups und viele mehr sein.



Nach BVK

Gerade in Deutschland ist die Bedeutung dieser nicht-börsennotierten Unternehmen besonders hoch. Bei rund 6000 Firmen war im Jahr 2006 ein Private-Equity-Fonds als Gesellschafter und Geldgeber involviert. Der Wert der in Deutschland mittels Private Equity erworbenen Unternehmen hat 2006 ein Rekordniveau von über 20 Milliarden Euro erreicht.

Gründe für den Verkauf von Unternehmensanteilen an Private-Equity-Fonds gibt es viele. Mal will sich ein Unternehmen im Rahmen einer Nachfolgeregelung von seinen Anteilen trennen, ein anderes Mal möchte ein Konzern eine Tochtergesellschaft ausgliedern, die nicht mehr zur künftigen Gesamtstrategie passt. Mit dem Einstieg der Investoren eröffnen sich in der Regel neue Möglichkeiten für das Unternehmen: Erschließung neuer Märkte, Entwicklung neuer Produkte, Akquisition von Wettbewerbsunternehmen und vieles mehr.

Private-Equity-Investoren haben allein ein Ziel: Unternehmen besser und wettbewerbsfähiger und damit wertvoller zu machen. Private Equity ist damit in vielen Fällen eine Lösung, wenn ein Unternehmen Kapital und Know-how benötigt, um einen Sprung nach vorne zu machen. Der Umsatz Private-Equity-finanzierter Unternehmen entspricht heute rund 8 Prozent des Bruttonationalproduktes. In ihnen sind fast eine Million Arbeitnehmer beschäftigt. Diese Zahlen verdeutlichen die heute schon große volkswirtschaftliche Bedeutung der Branche. Private-Equity-Gesellschaften sorgen dafür, dass notwendiges Kapital und Know-how nach Deutschland fließt, und tragen somit maßgeblich zur Sicherung des Wachstums und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen bei.

Das Private-Equity-Investitionsvolumen ist auch ein Gradmesser für das internationale Ansehen einer Volkswirtschaft, zeigt es doch, wie attraktiv ein Land für internationales Kapital ist. Die Bundesrepublik Deutschland sollte daher alles daran setzen, Private Equity als wichtigen Wirtschaftsfaktor zu erhalten.

292

In einzelnen Fällen mag dieses schöne Bild sogar der Realität entsprechen. Es gab und gibt Unternehmen in Deutschland, die schlecht geführt sind, deren Eigentümer zerstritten und unfähig sind, die nicht über ausreichend Kapital verfügen und denen es in jedem Fall guttut, wenn ein neuer Wind weht. In sehr vielen Fällen gilt jedoch, dass ihnen die Übernahme nicht guttut. Das ist die Regel, die sich schon aus dem Anspruch der Beteiligungsgesellschaften ableiten lässt, eine Rendite von 20 oder 25 Prozent für die eigene Kapitalanlage erzielen zu wollen. Solche Kapitalrenditen kann man aber als Unternehmen mit Wertschöpfung in der Regel nicht erzielen. Das ist für die Beteiligungsgesellschaft nur erreichbar, wenn sie dem übernommenen Unternehmen entweder Substanz entzieht, also – auf Deutsch gesagt – es ausraubt, oder seine Mitarbeiter in extremer Weise ausbeutet. In vielen Fällen werden die betroffenen Unternehmen einfach ausgesaugt, gefleddert, aufgeteilt und weiterverkauft.

Die sogenannten Investoren kommen in vielen Fällen nicht als Investoren im eigentlichen Sinn des Wortes; sie bringen wenig eigenes Kapital mit, sondern häufen dem gekauften Unternehmen Schulden auf. Sie bezahlen den Kaufpreis dann zum Teil aus dem Kredit, den das übernommene Unternehmen aufgenommen hat, und büden ihm selbstverständlich die Zinsen auf. Meist sehr hohe Zinsen. So hat laut einem Bericht von »Focus-Money«¹²⁷ die britische Private-Equity-Gesellschaft Permira zur Übernahme des Modekonzerns Hugo Boss 2,5 Milliarden bei den Banken geborgt und nur rund 900 Millionen Euro Eigenkapital investiert. Das ist gängige Praxis.

Sie verlangen Sonderdividenden, die den Gewinn meilenweit überschreiten. So schüttete der Fernsehkonzern Pro Sieben/Sat.1 2008 dreimal mehr an Dividende aus, als an Gewinn erzielt worden war.¹²⁸ Ein weiteres Beispiel von vielen: Der ursprünglich schwäbische Modekonzern Hugo Boss AG gehört zu rund 90 Prozent Permira. Im März 2008 hat Permira im Aufsichtsrat den Beschluss für eine Dividende in Höhe von 350 Millionen Euro durchgesetzt.

Der Gewinn im Jahr 2007 betrug 154 Millionen Euro, der Um-

293

satz 1,33 Milliarden. Die Sonderdividende beträgt also mehr als das Zweifache des Gewinns und fast ein Viertel des Umsatzes. Um die Sonderdividende zahlen zu können, muss sich das Unternehmen verschulden. Und dann muss es rationalisieren und wird eventuell verlagern. Die Sonderdividende geht so zu Lasten der Arbeitnehmer.

Beteiligungsunternehmen lassen sich mit üppigen Beraterverträgen ausstatten oder veranlassen das Unternehmen zu Beraterverträgen mit Dritten, in der Regel mit verbundenen Beratungsunternehmen. Sie transferieren so Wertschöpfung des Unternehmens in ihre beziehungsweise benachbarte Scheunen. Blackstone, so berichtete der »Spiegel«,¹²⁹ habe bei der Übernahme des Chemiekonzerns Celanese im Jahr 2004 65 Millionen Dollar Beratungshonorar erhalten, im Jahr 2005 weitere 45 Millionen. Beim Modelleisenbahnbauer Märklin waren die Arbeitnehmer und ihre Vertreter anfangs froh darüber, dass der britische Finanzinvestor Kingsbridge einstieg. Inzwischen sieht die Welt leider auch da anders aus. Bei den Arbeitnehmern wurde rigoros gespart. Von den vier Werken wurden vorerst zwei geschlossen, es wurden Stellen abgebaut und Produktion ins Ausland verlagert. Aber für Berater und für die Geschäftsleitung stehen Millionen bereit.¹³⁰ Das »Handelsblatts« vom 14. August 2008 berichtete: Mitte 2006 kam das internationale Beratungsunternehmen Alix Partners zur angeblichen Sanierung zu Märklin. In den ersten sechs Monaten zahlte Märklin 5,13 Millionen Euro für Beratung für Alix und andere, 2007 noch einmal in ähnlicher Größenordnung. Genutzt hat das alles nichts. Märklin musste Insolvenz anmelden.

Die sogenannten Investoren haben häufig kein besonderes Interesse an langfristigen Investitionen. Sie haben ein Interesse an der Ausbeutung eines Unternehmens und dann am günstigen Verkauf des Ganzen oder von Teilen. Der Verkauf ist umso leichter, je mehr es gelingt zu rationalisieren. Deshalb stehen die Arbeitnehmer in der Regel unter besonderen Pressionen. Und das Management wird ausfallend gut honoriert, damit es die Gemeinheiten durchzudrücken bereit ist.

Sogenannte Investoren gewinnen auch dadurch, dass sie die in

einem Unternehmen erarbeitete Technologie und das vorhandene Know-how ausschachten und auf andere ihrer Untergesellschaften transferieren. Sie transferieren Vermögenswerte auch dadurch, dass sie vom neu erworbenen Unternehmen verlangen, Vermögenswerte auf andere Tochtergesellschaften des beherrschenden »Investors« zu übertragen. »Nach der Ausgliederung von Celanese aus dem Chemiekonzern Hoechst«, so berichtet Hauke Fürstenwerth¹³¹ mit Berufung auf einen Beitrag der »Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger« (SdK), »habe sich Blackstone zunächst die Kontrolle erkämpft. Dann musste Celanese ihr Herzstück, das Amerika-Geschäft, bilanziell radikal abwerten und zum Spottpreis an eine Blackstone-Gesellschaft verkaufen. Die neue Gesellschaft übernahm dann auch die Kontrolle über die europäischen Aktivitäten, dann stieß Blackstone über die Börse einen Großteil der Aktien ab – nicht ohne vorher über eine durch Anleihen finanzierte Ausschüttung 500 Millionen \$ aus Celanese herausgezogen zu haben und einen mit 100 Millionen \$ honorierten Beratervertrag mit Celanese abgeschlossen zu haben.«

Warum sich bei uns die Politik für Hedgefonds und Private Equity starkmacht, ist sachlich nicht zu verstehen. Auch nicht aus fiskalischen Gründen. Die Professoren Jarass und Obermair haben für die Hans-Böckler-Stiftung 2007 untersucht, ob die steuerlichen Privilegien für diese »Investoren« gerechtfertigt sind. Die Ergebnisse sind ernüchternd:

- Die sogenannten Investoren zahlen kaum Steuern, »weil sie ihre Erträge mit den hohen Schulden aus dem Kaufpreis verrechnen und so den Gewinn reduzieren.
- In Deutschland ansässige Fonds bleiben unbelastet, weil sie das Finanzamt oft als vermögensverwaltend einstuft – im Widerspruch zu ihrer offensichtlich gewerblichen Tätigkeit in der Beratung und Steuerung gekaufter Firmen.
- Die Geldgeber der Fonds haben ihren Sitz in Steueroasen.«¹³²

Auch eine andere Erwartung, die mit der Förderung dieser sogenannten Investoren durch die Bundesregierung verbunden ist, findet in den Fakten keine Bestätigung: Es wird in der öffent-

lichen Debatte so getan, als seien diese Unternehmen wichtig für die Beschaffung von Wagniskapital. 88,2 Prozent des Kapitals, das die Fonds in Deutschland investierten, gingen in große und bereits bestehende Unternehmen. Gerade mal sechs Prozent des Geldes wurden in sogenannte Start-ups investiert.

Die hohen Renditen der PE-Gesellschaften und Hedgefonds sind dann besonders komfortabel zu erzielen, wenn man die öffentliche Hand bezahlen lässt. Helmut Kohl und sein Postminister Schwarz-Schilling hatten nach der Wende 1982 mit Verve den Aufbau eines Kabelverteilnetzes fürs Fernsehen vorangetrieben; 10 Milliarden Mark aus Steuern und Telefongebührengeld wurde von der Bundesregierung nach 1982 »investiert«. Was später damit geschah, beschreibt der »Spiegel« vom 18. Dezember 2006¹³³ so:

»Bislang macht es Deutschland den Angreifern leicht. Das zeigt das Beispiel der deutschen TV-Kabelnetze, die zu Zeiten des Telekom-Monopols mit Milliarden aus den Telefongebühren quer durch die gesamte Republik verlegt wurden. Im Jahr 2003 übernahmen die PE-Firmen Apax und Providence gemeinsam mit der Investmentbank Goldman Sachs das Unternehmen. Preis: 1,73 Milliarden Euro. Eigeneinsatz der neuen Herren: minimal.

Innerhalb von zweieinhalb Jahren saugten sie 1,6 Milliarden aus dem Unternehmen, das dadurch tief in die roten Zahlen rutschte. Beim anschließenden Komplettverkauf an Providence sahten Apax und Goldman Sachs nach Berechnungen der »Börsen-Zeitung« weitere 300 Millionen ab – jeweils.

Es war ein wunderbares Geschenk in einem wunderbaren Land, das Firmenjägern geradezu den Tisch deckt: Die einstmals mit Gebührengeldern bezahlte Infrastruktur wurde regelrecht verschenkt.«

Das ist nur ein Fall unter anderen: Das Duale System Deutschland (DSD) zum Beispiel, das den Grünen Punkt verwaltet, wurde 2004 vom US-Finanzinvestor KKR für 260 Millionen Euro übernommen.¹³⁴ Die Summe entsprach genau dem Wert, den der vom Vorstand des DSD beauftragte Gutachter, Pricewaterhouse Coopers, ermittelt hatte. Der Vorschlag zum Verkauf kam vom Vorstand selbst und wurde in einer eiligen Aktion durchgedrückt.

296

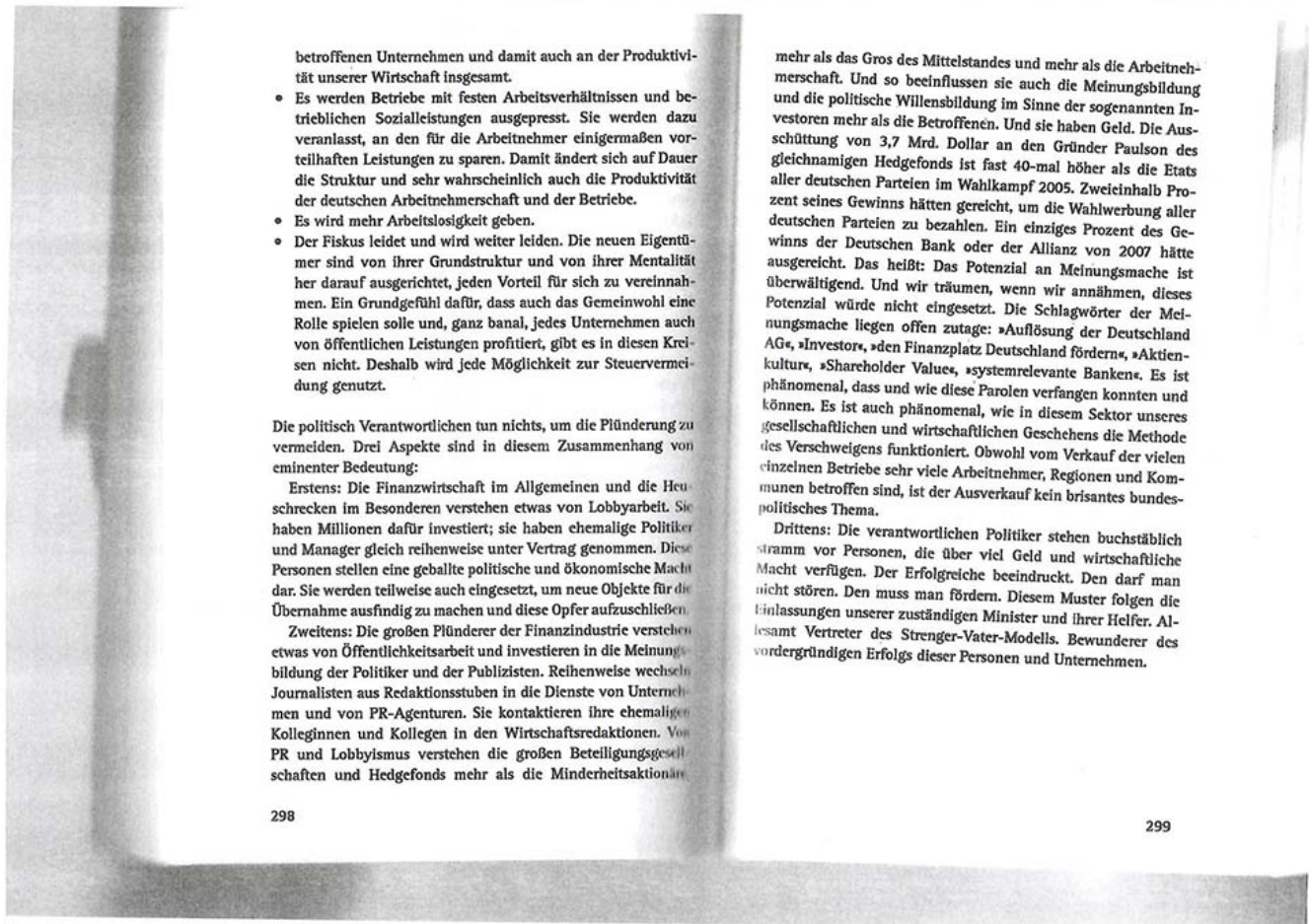
Hinterher stellte sich heraus, dass das DSD über liquide Mittel und Wertpapiere in Höhe von 902 Millionen verfügte. KKR entnahm schon 2005, im ersten Jahr seines Besitzes, 419 Millionen. Damit wurden die Schulden von 160 Millionen getilgt, die der sogenannte Investor KKR aufgenommen hatte, um das Unternehmen zu kaufen. Sein eingesetztes Eigenkapital von 100 Millionen brachte ihm so schon im Jahr 2005 einen Gewinn von 146 Millionen. – Da an diesem Vorgang nahezu alles ausgesprochen »interessant« ist und man vermuten muss, dass hier ein auch mit den Groschen der deutschen Verbraucher für den Grünen Punkt aufgebautes Unternehmen für einen Appel und ein Ei verscherbelt worden ist, kam im Jahr 2007 der Verdacht auf, Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstands hätten vom Verkauf profitiert.

Das war nun eine knappe Skizze von nur wenigen Fällen aus einer großen Anzahl. Der beeindruckenden Zahl von 6000 Fällen von Übernahmen bis zum Jahr 2006 rühmt sich der Verband der Beteiligungsfirmen. Hinzu kommen die von Hedgefonds und anderen übernommenen Firmen.

Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht ist dieser Ausverkauf von Nachteil für unser Land. Hier werden meist vernünftige Strukturen zerstört:

- Die neuen Eigentümer sind vergleichsweise kurzfristig orientiert, sie zielen auf die schnelle Steigerung des Börsenwertes. In Entwicklung und Forschung wird tendenziell weniger investiert als bisher.
- Vielen Unternehmen wird in ungebührlicher Weise Eigenkapital entzogen. Wenn man verfolgt hat, wie früher gerade von Seiten der Wirtschaft beklagt worden ist, das Eigenkapital der Unternehmen sei zu niedrig, dann kann man sich über das Schweigen zu der jetzt stattfindenden Fledderei nur wundern.
- Hier im Land geschaffene und oft auch öffentlich subventionierte Werte wie Ergebnisse von Forschung und Entwicklung werden außer Landes gebracht.
- Der ständige Wechsel von Eigentümern und häufig parallel dazu der Wechsel des Managements und wichtigen anderen Personals nagt an der Beständigkeit und Verlässlichkeit der

297



Anhang B:

Erläuterungstext zum Buch von Jens Berger: Wer schützt die Welt vor den Finanzkonzernen?

Gigantische Finanzkonzerne beherrschen die Welt

BlackRock, Vanguard und State Street - allein die drei größten Finanzkonzerne verwalten Vermögen im Wert von 15 Billionen US-Dollar. Mit Anteilen an fast allen großen Unternehmen und dem Kapital für politisches Lobbying über Partei- und Ländergrenzen hinweg haben sie eine bisher ungekannte Machtfülle. Ihre komplexen Finanz-Algorithmen sind darauf programmiert, ganze Wirtschaftszweige auszuleuchten und gewinnbringend anzuzapfen. Zugriff auf den nächsten Billionen-Euro-Markt sollen die Finanzgiganten mit der geplanten Deregulierung der privaten Altersvorsorge in der EU bekommen. Doch welche Folgen hat es, wenn ganze Industrien von wenigen Finanzinstituten dominiert werden? Bringt die Finanzlobby unser ohnehin schon kaputtgespartes Rentensystem zum

Kollaps? Welche Rolle spielen BlackRock-Gründer Larry Fink und sein deutscher Chef-Lobbyist Friedrich Merz? Spiegel-Bestsellerautor Jens Berger wirft ein Schlaglicht auf die heimliche Herrschaft der Finanzeliten und ihre beflissenen Gehilfen in Wirtschaft und Politik - und er zeigt, was jetzt getan werden muss, um das Schlimmste vielleicht noch zu verhindern.

JENS BERGER

WER SCHÜTZT DIE WELT VOR DEN FINANZ- KONZERNEN?



Die heimlichen Herrscher
und ihre Gehilfen

WESTEND

Titelbild: Michael Vi / Shutterstock